

Kommentare. Berichte. Analysen.

BVMU
www.bvmu.de

BDS
www.bds-nrw.de

September 2020

Der Selbständige

DIGITAL Mittelstand

Offizielles Organ der Bundesvereinigung mittelständischer Unternehmer e. V.
und des Bundes der Selbständigen, Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V.



Eine vernehmbare Stimme

Die CDU-Abgeordnete Sylvia Pantel
auf Gegenkurs zum Mainstream



BranchenLösungen
leben.

Branchen im Fokus.

Betriebliche Altersversorgung – individuelle Lösungen für Ihre Branche im Fokus.

Sie sind Arbeitgeber?

Und wollen Ihren Arbeitnehmern eine betriebliche Altersversorgung anbieten, die sowohl die Belange Ihrer Branche berücksichtigt als auch attraktiv ausgestaltet ist? Dann entscheiden Sie sich für die Allianz. Gestalten Sie mit uns gemeinsam den perfekten Rahmen für die Vorsorge Ihrer Mitarbeiter.

Sie sind Arbeitnehmer?

Und wollen eine attraktive Betriebsrente? Eines steht fest: Mit der Allianz an Ihrer Seite haben Sie einen starken Partner, der Sie beim Aufbau Ihrer individuellen Altersvorsorge gemeinsam mit Ihrem Arbeitgeber unterstützt.



Alle Vorteile unter:
business.allianz.de/branchenloesungen



Der Griff in Steuerzahlers Tasche

von Thomas Brüggemann

Während der Finanzmarktkrise 2008/2009 waren Milliarden die „neue Recheneinheit“, nunmehr rechnet man bereits in Billionen, also dem Tausendfachen. Am deutlichsten zeigt sich dies auf europäischer Ebene, wo EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) zu dem von ihr bereits verkündeten „Green Deal“ nun noch einen „White Deal“ gesellen möchte. Die Billionengrenze wird damit weit überschritten und von der Leyen spricht vollmundig von einem „Pakt der Generationen“. Und um Widerspruch schon im Keim zu ersticken, verglich sie die derzeitige Krise bereits mit Situationen wie nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs oder dem Zusammenbruch des Ostblocks.

Es sind Vergleiche, die ärgerlich machen und zugleich entlarvend sind. Sie machen ärgerlich, weil sie eine Respektlosigkeit gegenüber z.B. den „Trümmerfrauen“ (und natürlich auch Männern) sind, die nach dem Zweiten Weltkrieg in einer einzigartigen Wiederaufbauleistung die Grundlagen für unseren heutigen Wohlstand (den auch Frau von der Leyen genießt) schufen. Und sie sind entlarvend, weil die Medizinerin von der Leyen einem Virus zutraut, Europa finanziell wie ein Krieg zu belasten.

Der mit „Corona“ einhergehende „Lockdown“ und die schnell zutage getretenen Wirtschaftsprobleme scheinen den „Oberen“ in Brüssel und andernorts gerade recht gekommen zu sein. Nun besteht nämlich die Chance, die Finanzwelt (vielleicht sogar teilweise kontrolliert) gegen die sprichwörtliche Wand fahren zu lassen, ohne dass diejenigen, die diese Situation heraufbeschworen haben, fürchten müssen, zur Rechenschaft gezogen zu werden. „Schuld“ ist schließlich nicht die seit etlichen Jahren verfehlte Politik des „massenhaften Gelddrucks“ und der (nicht zuletzt wegen immer neuer sozialer Wohltaten) aus dem Ruder laufenden Staatsschulden. „Schuld“ soll nun ein kleines Virus sein, dem man naturgemäß nicht den Prozess machen kann.

Gerade recht kam „Corona“ auch denjenigen Protagonisten auf europäischer und

weltweiter Ebene, denen die Exportstärke der deutschen Wirtschaft ein steter Dorn im Auge ist. Was in Berlin schon vor Jahren manche grüne Spitzenpolitiker von sich gaben im Sinne von „Deutschland ist zu stark und muss geschwächt werden“, scheint in Berlin, Brüssel und z.B. Paris nun zur regierungsamlichen Doktrin geworden zu sein. Das von der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Frankreichs Präsidenten Emanuel Macron vereinbarte und nicht rückzahlbare 500-Milliarden-Hilfspaket für die angeblich ärmeren EU-Staaten sieht nämlich eine Beteiligung Deutschlands im Rahmen seines bei praktisch allen Forderungen gegen Berlin angewandten EU-Anteils von z. Zt. 27% vor. Deutschland soll hier also wieder einmal Milliarden zahlen und wird viel, viel weniger zurückerhalten. Die damit verbundene Schwächung der deutschen Volkswirtschaft wird dabei selbst von der deutschen Bundeskanzlerin in Kauf genommen. Und der Griff in die Taschen der deutschen Sparer und Steuerzahler wird nicht mehr allzu lange auf sich warten lassen.

Ein Teil der dann eingetriebenen Gelder wird nach Italien gehen. Dessen Bevölkerung verfügt – u.a. wegen der höheren Wohneigentumsquote – über ein deutlich höheres

Vermögen als die Deutschlands. In Italien war z.B. nach den Daten des Jahres 2010 das Median-Nettovermögen (das ist die Summe, bei der die eine Hälfte der Bevölkerung über mehr und die andere über weniger verfügt) mit gut 170.000 Euro mehr als dreimal so hoch wie in Deutschland! Die vergleichsweise wohlhabenden italienischen Privathaushalte, so der Ökonom Daniel Stelter bereits im April im „Manager-Magazin“, könnten deshalb sehr wohl selbst einen entscheidenden Beitrag zu einer Lösung u.a. der staatlichen Finanzprobleme leisten. Hierzu Stelter: „Eine Vermögensabgabe von einmalig 20% (von den italienischen Steuerzahlern, die Red.) würde genügen, um die italienische Staatsverschuldung um 100% des Bruttosozialprodukts zu senken – auf ein Niveau unterhalb der deutschen. Die italienischen Privathaushalte hätten selbst nach einem solchen Schritt noch mehr Vermögen als die deutschen.“

Doch in Brüssel und Berlin (und in Rom sowieso) stoßen derartige Gedankenmodelle auf keinen fruchtbaren Boden. Man kann ja den „Deutschen Michel“ melken! ■

Thomas Brüggemann

ist Herausgeber und
Chefredakteur des
Informationsdienstes
„Vertrauliche Mitteilungen“
sowie Vizepräsident des
Bundes der Selbständigen,
Landesverband
Nordrhein-Westfalen



Klarer Kurs für EU-Präsidentschaft

von **Friedhelm Ost**

Am 1. Juli hat Deutschland für ein halbes Jahr die EU-Ratspräsidentschaft übernommen. Die Herausforderungen für die Gemeinschaft der 27 Mitgliedsländer waren selten so groß. Denn die EU-Staaten befinden sich in der tiefen Corona-Krise. Die einzelnen Volkswirtschaften müssen mit der Rezession kämpfen, mit der Schrumpfung des Bruttoinlandsproduktes, mit dem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit, mit Firmenpleiten und sozialen Verwerfungen. Hinzu kommen längst überfällige Aufgaben beim Klima- und Umweltschutz, bei der Digitalisierung und der Künstlichen Intelligenz sowie anderen Bereichen, in denen die Hightechindustrien in China und in den USA die europäischen Konkurrenten zum Teil deutlich abgehängt haben. Schließlich hat sich Großbritannien aus der EU verabschiedet und will einen „No Deal-Brexit“ durchziehen. Schließlich soll endlich eine gemeinsame Strategie für die seit Jahren umstrittene Lösung der Asylprobleme verabschiedet werden.

EU für Deutschland lebenswichtig

Die Bundeskanzlerin steht somit vor ihrer schwierigsten Bewährungsprobe. Bei ihrer Strategie setzt Angela Merkel vor allem auf einen engen Schulterschluss mit Frankreichs Staatspräsidenten Macron, also auf die Wiederbelebung der Achse Berlin-Paris. Beide Politiker haben sich bereits vor einiger Zeit auf ein Programm verständigt, mit dem Europa aus dem Corona-Tief herauskommen soll. Dabei soll nicht gekleckert, sondern mit 750 Milliarden Euro geklotzt werden, um vor allem den am stärksten betroffenen Mitgliedsländern – wie Italien und Spanien – wieder auf die Beine zu helfen. Denn eines ist klar: Wenn sich die EU nicht gemeinsam aus dem Tal der Pandemie-Tränen befreien wird, könnte es zu einer langen Phase der Euro-Sklrose kommen, aus der sich selbst ein wirtschaftlich starker Staat wie Deutschland

allein nicht zu befreien vermag. Immerhin gehen mehr als 50 % der deutschen Exporte in den europäischen Binnenmarkt; viele Millionen Arbeitsplätze sind also – vor allem in den deutschen Industrieunternehmen – davon abhängig.



Friedhelm Ost

leitete die *ZDF*-Wirtschaftsredaktion, bevor er unter Helmut Kohl Regierungssprecher und schließlich CDU-Abgeordneter im Bundestag wurde. Heute ist Ost weiter als Journalist und in der Politik- und Wirtschaftsberatung tätig.

Großzügige Hilfen für EU-Partner

Angela Merkel betont daher immer wieder, dass es Deutschland nur dann gut geht, wenn es auch in Europa wieder aufwärts geht. Deshalb macht sie deutlich, dass in der aktuellen Pandemie-Krise nur großzügige finanzielle Hilfen angezeigt sind. Denn „für Länder, die schon eine sehr hohe Gesamtverschuldung haben, sind zusätzliche Kredite weniger sinnvoll als Zuschüsse“, so das Credo der Kanzlerin. Sie wird gewiss viel Überzeugungsarbeit bei einigen ihrer Ratskollegen leisten

müssen, um deren Verständnis zu wecken und deren Zustimmung zu erzielen. Die Niederlande und Dänemark sowie andere zeigen bislang noch wenig Neigung zur finanziellen Großzügigkeit und zu der deutsch-französischen Solidarität. Das nationale Hemd sitzt ihnen näher als der europäische Rock.

Demokratien in Gefahr

Die schnelle Reaktion auf die bitteren Folgen der Pandemie ist indes vordringlich. Denn nur eine rasche Stabilisierung der Volkswirtschaften wird auch zu einer größeren politischen Stabilität – etwa in Italien – beitragen können. Angela Merkel hat deshalb auf die gefährliche Sprengkraft der hohen Arbeitslosigkeit in einigen EU-Ländern hingewiesen: „Die Gefährdungen für die Demokratie wären dann größer. Damit Europa bestehen kann, muss auch seine Wirtschaft bestehen“, sagte sie jüngst in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung.

EU-Position zu China

Die EU wird unter der deutschen Ratspräsidentschaft auch ihr Verhältnis zu China und den USA neu austarieren müssen. Der für den September geplante EU-China-Gipfel wird zwar wegen der Pandemie nicht stattfinden, soll jedoch so bald wie möglich nachgeholt werden. Aus EU-Sicht stehen dabei die Kooperation beim Klimaschutz und der Abschluss eines Investitionsabkommens ganz oben an. Wichtig ist der deutschen

Ratspräsidentin vor allem die Entwicklung einer einheitlichen europäischen Position gegenüber der Volksrepublik China: „Wir müssen als Europäer zusammenstehen“, so Angela Merkel, „sonst schwächen wir uns selbst. China hat einen globalen Anspruch entwickelt. Das macht uns zu Partnern bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit oder bei der Bekämpfung des Klimawandels, aber auch zu Wettbewerbern mit ganz unterschiedlichen politischen Systemen. Nicht miteinander zu reden wäre jedenfalls keine gute Idee.“ Gerade deshalb

pflegt die Bundeskanzlerin seit langem eine enge Verbindung zu Präsident Xi Jinping.

EU-Verhältnis zu Amerika und Russland

Zugleich machte die Kanzlerin darauf aufmerksam, welch' großen Wert die NATO als Allianz mit den USA für jeden EU-Mitgliedsstaat hat. Amerikanische Soldaten sind nach wie vor im Interesse aller europäischen NATO-Staaten und ebenso der USA. Deutschland wisse auch, „dass wir mehr für Verteidigung ausgeben müssen.“ Die Europäer müssten indessen sehr grundsätzlich nachdenken, „wenn sich die USA nun aus freiem Willen aus der Rolle einer Weltmacht verabschieden sollten.“

Schließlich ging Angela Merkel in dem jüngsten Interview auch auf das Verhältnis

zu Moskau ein und wies auf die hybride Kriegsführung als russisches Mittel der Destabilisierung hin. Allerdings gebe es gute Gründe, immer wieder mit Russland in einen konstruktiven Dialog zu treten: „In Syrien oder Libyen, Ländern in unmittelbarer Nachbarschaft Europas, ist Russlands strategischer Einfluss groß.“ Deswegen – so Angela Merkel – bemüht sie sich weiter um eine Zusammenarbeit mit Präsident Putin.

Gegen Krämergeist der Nationalisten

Die EU befindet sich an einer Wegscheide: Entweder gelingt es noch im zweiten Halbjahr, mit einer großen Offensive das leckgeschlagene EU-Dickschiff wieder flott zu machen und auf einen Zukunftskurs zu steuern, oder die letzte Chance einer echten

Union als enger Staatenbund wird vertan. Ein Europa der nationalstaatlichen Krämer würde im globalen Geschehen von Politik und Wirtschaft kaum noch eine Rolle spielen. Die großen Probleme unserer Zeit – vom Klimaschutz bis hin zur Sicherheit – sind nur multilateral zu lösen. Und dabei muss die EU gegenüber den USA und China geschlossen auftreten und einig handeln, um ihre Interessen zur Geltung zu bringen und auf Augenhöhe mit den großen Mächten der Welt erfolgreich zu verhandeln. Der Rückfall in den Nationalismus könnte zu einer europäischen Katastrophe werden. Angela Merkel muss dies verhindern und die Weichen für die EU in Richtung Zukunft stellen. Denn es geht um nicht weniger als um das Schicksal unseres Kontinents. ■

Wollen Sie auf modernere
Kommunikationstechnik
umsteigen und dabei
noch Geld sparen?

Wir helfen Ihnen
gerne dabei!

Systemhaus für Telekommunikation

Kanalstraße 47 · 44147 Dortmund
Telefon: 02 31 - 95 01 70 · www.schrader-trojan.de
E-Mail: info-bds@schrader-trojan.de



Mehr Föderalismus wagen

von Frank Schäffler MdB

Der Liberalismus setzt auf die Freiheit des Individuums. Der Einzelne weiß besser als andere, welche Wünsche und Lebensziele er hat. Kein Politiker, keine Regierung und kein Staat haben dieses Wissen. Daher ist der Liberale auch skeptisch gegenüber Macht, insbesondere wenn sie von staatlicher Seite ausgeübt wird. Machtteilung ist daher ein Prinzip, das für Liberale essentiell ist. Die Gewaltenteilung ist Ausdruck dieser Machtteilung. Aber auch der Föderalismus. Der Föderalismus ist sogar der beste Freund des Liberalismus. Denn der Föderalismus ist geteilte Macht. Geteilte Macht ist beschränkte Macht. Staatliche Macht wird im Föderalismus vor Ort in der Gemeinde, der Stadt oder dem Bundesland ausgeübt. Viele wesentliche Aspekte des organisierten Miteinanders können vor Ort sehr viel besser zur Entfaltung kommen, als wenn man versucht, sie zentral zu organisieren: soziale Kontrolle der Macht, Versuch und Irrtum, eine Differenziertheit der Problemlösungen.

Der liberale Ökonom und Philosoph Friedrich August von Hayek beschreibt in einem seiner wichtigsten Essays, „The Use of Knowledge in Society“ von 1945, dass es neben allgemeingültigem Fachwissen noch zusätzliches Wissen gibt, das Wissen um Zeit und Ort: „Diesbezüglich hat praktisch jede Person einen gewissen Vorteil gegenüber allen anderen, weil sie einzigartige Informationen hat, deren Nutznießer sie sein kann, vorausgesetzt, die davon abhängigen Entscheidungen werden von dieser Person oder unter ihrer aktiven Mithilfe getroffen“, formuliert Hayek treffend.

In dem Essay wendet Hayek diese Beobachtung an, um die Vorzüge einer freien Marktwirtschaft gegenüber einer Planwirtschaft zu begründen. Die Idee lässt sich



Frank Schäffler

ist Mitglied der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag und hat sich in der Vergangenheit als Euro-Rebell einen Namen gemacht

aber ebenso auf die Vorteile eines föderalen Systems gegenüber einem zentralistischen Einheitsstaat übertragen. Entscheidungen sollten auf einer möglichst niedrigen Ebene getroffen werden, um das Wissen über die speziellen Umstände von Ort und Zeit entsprechend einfließen zu lassen.

Doch wie ist es um den Föderalismus in unserem Land aktuell bestellt? Eigentlich nicht sehr gut. Der Föderalismus ist nur noch ein Rudiment. Er ist ausgehöhlt und fast zur Unkenntlichkeit zusammengefallen. Kommunen, aber auch Bundesländer können kaum selbst Entscheidungen treffen. Unter dem Vorwand der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse mischt sich der Bund in alle Bereiche ein. Von Bildung über Sozialhilfe bis hin zum Öffentlichen Nahverkehr finanziert der Bund Länder und Kommunen mit. Der Preis sind immer mehr

Mitspracherechte. Dieser „Goldene Zügel“ lässt die Bundesländer und die Kommunen verkümmern. Sie sind nur noch Handlungsgehilfen des Bundes. Das ist nicht gut. Denn dadurch verschwimmen Haftung und Verantwortung. Der Bürger als Wähler kann nicht mehr unterscheiden, welche Ebene es gut macht und welche schlecht. Alle sind irgendwie schuld, wenn etwas schief geht. Hier geht es nicht um kleinliches Kompetenzgerangel: Der Rückbau föderaler Machtkontrolle untergräbt langfristig auch unseren Rechtsstaat und unsere Demokratie. Deshalb braucht es eine Diskussion über eine Renaissance des Föderalismus in Deutschland.

Wer Verantwortung zuordnen will, der muss die Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Länder entflechten – sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite. Die Länder brauchen nicht nur eigene Steuern, sondern auch entsprechende Gesetzgebungskompetenz. Warum können die Einnahmen der Einkommen- und der Mehrwert-

steuer nicht zwischen Bund und Ländern aufgeteilt werden? Der eine bekommt die Einnahmen der Mehrwertsteuer und die anderen die Einnahmen der Einkommensteuer. Das Aufkommen beider Steuern ist ungefähr gleich, daher ist es eigentlich unsinnig, dass beide Einnahmequellen zwischen beiden staatlichen Ebenen verteilt werden.

Warum schaffen wir nicht mehr Wettbewerb im Steuerrecht? Kommunen könnte ein Hebesatzrecht auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer gewährt werden, um einen echten Wettbewerbsföderalismus in Gang zu setzen. Warum können Kommunen und Bundesländer nicht pleitegehen? Viele meinen, dann ginge die Welt unter. Doch die Schweiz macht es uns vor: 1998 wurde die Gemeinde Leukerbad zahlungsunfähig. Die Gläubiger wollte sich anschließend beim Kanton Wallis und beim Bund

schadlos halten. Das oberste Gericht der Schweiz verwehrte das. Leukerbad und die Gläubiger mussten sich auf einen Schuldschnitt einigen. Seitdem differenzieren die Zinsen der staatlichen Ebenen in der Schweiz entsprechend zu Schuldenstand und Risiko.

Warum erzeugen wir nicht mehr Wettbewerb auch auf der Ausgabenseite? Müssen überall die gleichen Sozialhilfesätze und die

gleichen Sozialleistungen bezahlt werden? Die Lebenshaltungskosten in München sind ja auch andere als in Greifswald. Muss im ganzen Land nach dem gleichen Curriculum an den Schulen unterrichtet und mit einem Zentralabitur abgeschlossen werden? Würde eine stärkere Differenzierung den unterschiedlichen Begabungen jedes Einzelnen nicht viel besser gerecht werden? Braucht es eine einheitliche Objekt-

förderung für Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen und Kindertagesstätten? Muss der Bund den Bau einer Multifunktionshalle im ostwestfälischen Minden fördern oder die Renovierung einer Kirche in Bayern finanzieren? All das verwischt Verantwortung und Haftung und verhindert den Wettbewerb als Entdeckungsverfahren. Schauen wir nach Süden und versuchen wir, mehr Schweiz zu wagen! ■

Persönliche Erklärung nach § 31 GO BT zum Abstimmungsverhalten zum Tagesordnungspunkt 20 „SURE-Gewährleistungsgesetz – SURE-GewährIG“, Bundestags-Drucksache 19/19494 des Abgeordneten Frank Schäffler

Mit dem SURE-Gewährleistungsgesetz wird ein Instrument zur Unterstützung der nationalen Kurzarbeiter-Regelung mit einem Volumen von bis zu 100 Mrd. Euro geschaffen. Dass aus einem solchen vorübergehenden Instrument schnell ein dauerhaftes werden kann, hat die Euro-Schuldenkrise ab 2010 gezeigt. Die erste Griechenland-Hilfe war im Frühjahr 2010 eine bilaterale Hilfe der Einzelstaaten der EU. Dann kam im Sommer 2010 der vorübergehende „Rettungsschirm“ EFSF (Europäische Finanzstabilisierungsfazilität), der durch eine eigene Kreditaufnahme der EU im Rahmen des neu geschaffenen EFSM (Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus) ergänzt wurde. Letzterer beruhte auch auf Art. 122 Abs. 2 und wurde mit der Notfallsituation Griechenlands begründet. Beide Instrumente, EFSF und

EFSM, wurden dann 2012 durch den dauerhaften „Rettungsschirm“ ESM abgelöst. Genau diese Gefahr der permanenten Etablierung besteht aus meiner Sicht jetzt wieder bei SURE.

Die Kurzarbeiterregelungen in der Europäischen Union sind völlig unterschiedlich: In Deutschland erhielten Arbeitnehmer vor der Corona-Krise ein Kurzarbeitergeld in Höhe von 60 bis 65 Prozent des Nettogehalts bis zur Beitragsbemessungsgrenze. In den meisten Ländern wird aber das Bruttogehalt als Basis zugrunde gelegt. In Frankreich erhalten Arbeitnehmer 70 Prozent des Bruttogehalts. Da dies steuerfrei ist, entspricht es rund 84 Prozent des Nettogehalts. In Spanien wird das Kurzarbeitergeld zwei Jahre lang bezahlt, in Portugal nur sechs Monate. Diese Vielfalt zu ni-

vellieren, würde den europäischen Geist zerstören.

Nichts spricht gegen generelle und gezielte Unterstützung. Humanitäre Hilfe für die Krankenhäuser und Gesundheitseinrichtungen in Italien, Spanien und Frankreich sind richtig und notwendig. Dafür bedarf es aber keiner neu geschaffenen Institutionen und Fonds der Europäischen Union. Dies kann jedes Land aus eigener Initiative tun, und es sollte durch private Initiativen auch möglichst ergänzt werden. Hier hat Deutschland eine lange Tradition mit vielen Hilfsorganisationen, vom THW über das Rote Kreuz bis hin zu den vielen anderen karitativen Organisationen.

Aus den genannten Gründen halte ich das „SURE-Gewährleistungsgesetz – SURE-GewährIG“ für falsch.

IMPRESSUM

DER SELBSTÄNDIGE/MITTELSTAND DIGITAL

ISSN 0946-3224

Offizielles Organ des Bundes der Selbständigen, LV NRW und der Bundesvereinigung mittelständischer Unternehmer e. V.

Ferdinand-Porsche-Str. 1, 59439 Holzwickede
Tel. (02301) 91 96 8 - 0, Fax (02301) 91 96 8 - 29
E-Mail: info@bvmu.de

Redaktion: Joachim Schäfer (verantwortlich), Anita Schäfer, Friedhelm Ost

Fotos: Laurence Chaperon, BDS Archiv
Titelfoto: K6 Medien Archiv
Erscheinungsweise: 10 x jährlich
Gerichtsstand und Erfüllungsort: Dortmund
Bezugsbedingungen:

Die Zustellung des E-Papers ist durch den Mitgliedsbeitrag zur BVMU abgegolten. Bei Nichterscheinen des E-Papers infolge höherer Gewalt bestehen keine Ersatzansprüche.

© by: BDS/BVMU e. V.

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte, Vorlagen und Zeichnungen übernehmen wir keine Gewähr.

Die Urheberrechte an Annoncen (bei eigener Gestaltung), Entwürfen, Fotos und Vorlagen sowie der gesamten grafischen Gestaltung bleiben bei der BVMU e. V. und dürfen nur mit ausdrücklicher, schriftlicher Genehmigung weiterverwendet werden.

Briefe und Manuskripte an:
BDS/BVMU e. V.

Ferdinand-Porsche-Str. 1, 59439 Holzwickede
Internet: www.bvmu.de
E-Mail: info@bvmu.de

Hinweis: In allen Fällen, in denen die neue Rechtschreibung mehrere Schreibweisen zulässt, wird die von der Dudenredaktion empfohlene Schreibung angewandt.

Europa: Gegenentwurf zur Welt der Autokraten

von Dr. Ingo Friedrich

Wohin man auch blickt, autokratische Herrscher übernehmen die Weltpolitik: Trump, Putin, Xi Jinping, Orban, Kaczynski, Netanyahu, Erdogan, Bolsonaro, Johnson, Modi, Kim, Al Sisi! Sie alle vermitteln ihrer Wählerschaft die Botschaft, mit ihnen als Chef geht es wieder aufwärts, gibt es wieder Größe und Ruhm für die eigene einzigartige und großartige Nation.

Wenn diese Art Politik zur Regel wird, dann werden viele bisher „normale“ Staaten auch so »starke Führer« an ihre Spitze berufen wollen, ganz einfach um mithalten zu können. Des weiteren ist zu erwarten, dass sich die Autokraten zunehmend wie brutale Raufbolde aufführen werden und zwar zulasten ihrer schwächeren Nachbarn, zulasten einer internationalen Ordnung, zulasten des Völkerrechts und der internationalen Moral. Die ganz großen globalen Player werden versuchen, mit Hilfe von Geld, Schmeicheleien und Drohungen Anhänger und Vasallen auf der ganzen Welt zu finden, um für die „letzte große Auseinandersetzung“ über die wirkliche Nummer 1 auf der Welt gewappnet zu sein.

Man mag sich gar nicht ausmalen, wie dieses globale „Catch-as-catch-can“ verlaufen und letztlich enden wird. Nur eines ist klar: europäische Werte und Grundsätze wie Fairness, soziale Gerechtigkeit, Einhaltung von Recht und Ordnung, Klima und Demokratie werden bei diesem „Endkampf“ keine Rolle mehr spielen. Und die Hoffnung, dass Europa trotz dieser globalen Entwicklung seinen wunderbaren Weg in Einheit, Vielfalt und Demokratie ungeschoren fortsetzen könnte, dürfte sich schnell als Illusion erweisen.



Dr. Ingo Friedrich

Vizepräsident des Europäischen Parlaments a.D.,
Präsident des Europäischen Wirtschaftssenats,
Präsident der Wilhelm-Löhe-Hochschule

Aber es gibt einen Gegenentwurf: Europa besinnt sich auf seine christlich-humanistischen Werte und seine über Jahrhunderte gewachsenen Stärken, stellt sich unerschrocken auf seine Hinterbeine und prangert diese destruktive und letztlich mörderische Politik offen an. Europa macht sich zum globalen Anwalt und Anführer einer grundsätzlich anderen internationalen Politik, die Rücksicht auf die Interessen der Nachbarn nimmt und damit zum weltweiten Anker der Einhaltung völkerrechtlicher Prinzipien wird. So wie Amerika aufgrund seiner Menschlichkeit lange Zeit das Land der Sehnsucht für ganze Generationen war, hat heute Europa die Chance, wahrscheinlich sogar die Pflicht zum weltweiten Hort von Vernunft, menschlicher Politik und sozialem Vorbild zu werden. Konkret heißt dies, Europa muss sich zügig darauf vorbereiten, auf allen Gebieten - also politisch, wirtschaftlich, technologisch und militärisch - in klarer Abgrenzung zu den anderen egoistischen Raufbolden weltweit Verantwortung für Stabilität und Ordnung zu übernehmen. Diese europäische Botschaft für die Welt des 21. Jahrhunderts kann einen europäischen Gegenentwurf zur Politik der Autokraten zum Leuchten bringen, denn auch in den autokratisch regierten Ländern gibt es „Vernünftige“, die über den Tag hinaus denken und vom europäischen Gegenentwurf überzeugt werden können. Letztlich hat Europa auch aus Gründen der Selbsterhaltung gar keine andere Wahl, wenn es nicht als Vasall einer der neuen globalen Raufbolde enden will. ■

MEHR ALS NUR EINE WERBEAGENTUR!



☎ (0231) 2265789
 📞 (0231) 2265788
 ✉ info@k6-medien.de



Grafikdesign | Webdesign | Softwarelösungen | Business View | IT-Solution

www.k6-medien.de

MUST HAVE FÜR IHR BUSINESS:
PERSÖNLICHER
SERVICE
INKLUSIVE

NUTZEN SIE DIE EINZIGARTIGEN DIENSTLEISTUNGEN
DER **ProtectMe**® CARD UND
PROFITIEREN SIE GLEICH MEHRFACH

WEITERE INFOS UNTER **WWW.SANTOS.DE**





Eine vernehmbare Stimme

Die CDU-Abgeordnete **Sylvia Pantel** auf Gegenkurs zum Mainstream

Die CDU-Bundestagsabgeordnete Sylvia Pantel wurde durch die Focus-Online-Redakteurin Margarete van Ackeren einmal wie folgt charakterisiert: „Man kann sie Nervensäge nennen – dann lacht sie. Man kann ihr vorhalten, dass sie bewährte Regeln ignoriert – dann freut sie sich. Man kann sie warnen: ‚mach das nicht!‘ – dann fühlt sie sich angespornt. Kurz: Sylvia Pantel (CDU) geht bewusst eigene Wege.“ Und der bekannte Journalist Klaus Kelle titelte über die streitbare Bundestagsabgeordnete: „Wir bräuchten 50 Sylvias in der nächsten Bundestagsfraktion.“

SPD-Hochburg gewonnen

In der Tat: Ein Gespräch mit Sylvia Pantel belegt, dass die gebürtige Düsseldorferin nicht gewillt ist, ihre Überzeugung an der Garderobe der Parteiführung abzugeben, und die auch keine Angst hat, mit den Autoritäten ihrer Partei für ihre Meinung zu streiten. Wenn es um Integration und Flüchtlinge, um Familie und Ehe sowie um Bildungspolitik geht, ist sie auf Gegenkurs. Und deshalb wurde sie auch mit einem grottenschlechten Listenplatz für die Bundestagswahl abgestraft. Ähnliches passierte ihr auch zuvor bei der Listenaufstellung zur Bundestagswahl 2013. Darüber hinaus vertritt sie einen Wahlkreis Düsseldorf II, der bis dato eher eine SPD-Hochburg war. Und dann geschah etwas, womit kaum einer gerechnet hatte: Sylvia Pantel gewann in dem eher „roten Wahlkreis“ das Direktmandat.

Obwohl ein Neuling im Bundestag, gehörte Sylvia Pantel zu den vernehmbarsten Stimmen, als es galt, die Mütterrente durchzusetzen. Sie sammelte Unterschriften in Düsseldorf und konnte mit einigen Mitstreiterinnen die nordrhein-westfälische CDU-Frauenunion von der Idee begeistern. Sylvia Pantel erinnert sich: In der letzten Fraktionssitzung habe sie die Bundeskanzlerin angesprochen: „Ich bin jetzt am Wochenende wieder in meinem Wahlkreis. Was sage ich meinen Wählern – gilt Ihr Versprechen? Gilt die Mütterrente?“ Und die Kanzlerin habe geantwortet: „Sagen Sie Ihren Wählern, mein Versprechen gilt. Die Mütterrente kommt.“

Eigenheimzulage als Programm

Eine weitere Initiative der eigenwilligen CDU-Frau trägt den Namen „Wohneigentumsförderung“. Pantel will mit ihrem Projekt erreichen, dass mehr Familien, vor allem Eltern mit vielen Kindern, Häuser oder



Sylvia Pantel im Gespräch mit Janina Schäfer von der BDS/BVMU-Hauptgeschäftsstelle

Eigentumswohnungen kaufen und somit Wohneigentum schaffen können. Ihr Plan: Das Eigenkapital des selbstgenutzten Heims soll über ein neues KfW-Programm (Bürgschaft) abgesichert werden, weil gerade bei jungen Familien der Traum vom Eigenheim oft bereits am fehlenden Eigenkapital scheitert. Pantels Begründung: Der deutsche Staat vergibt Hermes-Bürgschaften für Unternehmer, die in unsichere und instabile Entwicklungsländer investieren. Und sie fragt: „Warum können wir ein ähnliches Programm nicht für unsere Familien auflegen?“ Für sie, so Pantel weiter, ist Wohneigentum zudem ein bewährtes Mittel gegen Altersarmut. Gesagt, getan: Sylvia Pantel sprach mit Vertretern des Finanzausschusses. Die Antwort: Nicht finanzierbar. Die resolute 59-Jährige sprach wiederum Bundeskanzlerin Merkel an. Die ver-

wies Sylvia Pantel an den zuständigen Abteilungsleiter für Familienangelegenheit im Kanzleramt. Ergebnis des Gespräches: Geht nicht. Ein erneutes Gespräch mit Bundeskanzlerin Merkel folgte. Ergebnis: Es geht doch. Was Sylvia Pantel besonders stolz macht, ist die Tatsache, dass die neue Eigenheimzulage im CDU-Regierungsprogramm ihren Niederschlag gefunden hat. Vorgesehen sind unterschiedliche Möglichkeiten, Familien bei der Bildung von Wohneigentum zu helfen. Schon in der vergangenen Wahlperiode hat sie gegen alle Widerstände die Einführung des sogenannten Prostituiertenschutzgesetzes vorangeschoben und streitet derzeit für eine Erweiterung des Elterngeldes, um Eltern eine echte Wahlfreiheit hinsichtlich der Betreuung ihrer Kinder zu ermöglichen.

Sprecherin des Berliner Kreises

Vier Jahre lang saß Sylvia Pantel in der Fraktion neben dem früheren Bundestagsabgeordneten Wolfgang Bosbach. Er holte sie zum Berliner Kreis, wo sie dessen Nachfolgerin als Sprecherin wurde. Da sie es für ratsam hielt, die Sprecherfunktion nicht alleine auszuüben, teilte sie sich diese erst mit dem früheren Bundestagsabgeordneten Dr. Philipp Lengsfeld und derzeit mit Klaus-Peter Willsch MdB.

Der Berliner Kreis ist ein Zusammenschluss von konservativen Mandatsträgern, die sich für den Erhalt unserer Werte sowie die Aufrechterhaltung des deutschen Rechtssystems einsetzen. Dass der Berliner Kreis auch mit der umstrittenen



Sylvia Pantel ist Fan von Fortuna Düsseldorf

WerteUnion zusammenarbeitet, wird von der obersten Parteiführung kritisch gesehen. Auch, dass Sylvia Pantel den früheren Präsidenten des Verfassungsschutzes, Hans-Georg Maaßen, als Referenten in den Berliner Kreis einlud, schlug im CDU-Parteivorstand hohe Wellen. Was allerdings ohne Konsequenzen blieb, weil auch im Adenauer-Haus mit großer Aufmerksamkeit registriert wird, dass Politiker wie Sylvia Pantel immer mehr Unterstützung durch die Bildung von konservativen Gesprächskreisen in ganz Deutschland erfahren.

Selbstständige Transportunternehmerin

Wer nach einer Erklärung sucht, warum Sylvia Pantel immer noch in ihrem ehemaligen Ratswahlkreis und „roten Vorort Rath“ geschätzt, mitunter sogar verehrt wird, muss einen Blick in ihre Vita werfen. Aufgewachsen in einer Großfamilie (Sylvia Pantel hat noch fünf Brüder) war der Vater Alleinverdiener. Für ein Taschengeld reichten die finanziellen Verhältnisse nicht. So ging Sylvia Pantel ab ihrem 13. Lebensjahr nach dem Schulbesuch noch nebenbei in einer Bäckerei als Verkäuferin arbeiten. „Es hat mir nicht geschadet, es hat mir Selbstbewusstsein gegeben. Und ich weiß bis heute, dass ich mit meinen Händen arbeiten kann“, sagt Sylvia Pantel in der Retrospektive. Nach dem Abitur (1980) studierte sie zunächst bis 1982 Betriebswirtschaft an der Fernuniversität Hagen. Dann stellte sich Nachwuchs ein, im Laufe der Zeit fünf Sprösslinge an der Zahl. Sylvia Pantel war klar, dass eine Fremdbetreuung nicht in Frage kommt und sie sich um die Erziehung der Kinder selbst kümmern würde. Um noch etwas Geld hinzuverdienen, machte sich die junge Mutter mit einem Trans-



Bundesverdienstkreuz für Sylvia Pantel

portunternehmen selbstständig. Sie fuhr, neben ihren Mitarbeitern, auch in der Nacht als Vertragspartner für die Rheinische Post die Zeitungen zu den Grossisten oder Verteilerstellen (1984 bis 1995). Danach pflegte sie bis zum Jahr 2001 einen Familienangehörigen in Vollzeit.

Mitbegründerin der Don-Bosco-Stiftung

Unabhängig von dieser aufreibenden Tätigkeit trat Pantel 1996 in die CDU ein, wurde 1999 Mitglied der Bezirksvertretung und gehörte von 2004 bis 2013 dem Düsseldorfer Stadtrat an. In dieser Funktion sprach sie sich für das bestehende diffe-

renzierte Schulsystem aus und für die Stärkung der Haupt- und Realschule durch Einführung von Ganztagsbetrieb als Konkurrenz zur Gesamtschule. Durch die Gründung einer Bürgerinitiative setzte sich Sylvia Pantel für den Erhalt der städtischen Clara-Schumann-Musikschule ein (in deren Förderverein sie sich bis heute noch engagiert) und war Mitbegründerin der Don-Bosco-Stiftung gegen Armut und Arbeitslosigkeit in Düsseldorf-Wersten. Für ihre engagierte, soziale ehrenamtliche Arbeit und die Einführung des „Schoko-Tickets“ in Düsseldorf wurde ihr das Bundesverdienstkreuz verliehen. A.S. ■



Sylvia Pantel als originelle Wahlkämpferin



Das Wahlkampfteam von Sylvia Pantel



Unsere Premium-Desinfektion mit Hautschutz - hautschonend, extrem wirksam gegen Corona mit IHO-Listung für Lebensmittelbetriebe zu BDS-Sonderkonditionen.

Art.-Nr.	Artikelbezeichnung	Gebinde	Anzahl/VE	Preis/VE	BDS-Rabatt
1211300320	Desmila LSI Händedesinfektion	100ml Kittelflasche	20	96,00 €	20%
1211300333	Desmila LSI Händedesinfektion	500ml Dispenser mit Push&Pull Verschluss	15	137,24 €	20%
1211300180	Desmila LSI Händedesinfektion	500ml Spenderflasche für Eurospender	12	98,90 €	20%
1211300181	Desmila LSI Händedesinfektion	1000ml Spenderflasche für Eurospender	12	171,80 €	20%
1211300316	Desmila LSI Händedesinfektion	5 Liter Kanister	1	64,50 €	20%
1211300182	Desmila LSI Händedesinfektion	10 Liter Kanister	1	119,62 €	20%
1211300329	Tevan Panox Flächendesinfektion	750ml Zerstäuberflasche	6	65,26 €	20%
1211300330	Tevan Panox Flächendesinfektion	1000ml Rundflasche	6	59,00 €	20%
1211300326	Tevan Panox Flächendesinfektion	5 Liter Kanister	1	42,90 €	20%
1211300327	Tevan Panox Flächendesinfektion	10 Liter Kanister	1	76,90 €	20%
1190600222	banio WET Feuchttuchspendereimer	für Desinfektionsmittel weiß ohne Rolle	1	12,90 €	20%
1190600224	Banio WET Vliesrolle premium 60g/m²	lösungsmittelbeständig, fussfrei, reißfest	6	47,70 €	20%

Geben Sie den Online-Code: **BDS-20Prozent** mehrfach verwendbar im Warenkorb ein.

NICEPRICE
ab **129,90** €/St.

1000ml Tank



Sensortechnik berührungslos

BANIO EXO-Line Sensor-Spender universell für Flüssigdesinfektion

frei befüllbarer, edler Sensor- Desinfektionsspender aus ABS-Kunststoff mit Wandhalterung & Befestigungsmaterial

- abschließbare Verschlussplatte
- mit Befestigungsmaterial
- abschließbar - zur Wandmontage oder Säulenmontage
- einstellbare Dosiermenge 0,3ml oder 0,6ml
- mit 1000ml Vorrattank zum Nachfüllen

Art.-Nr.	Tank Füllmenge	Preise €/Stück ab 1	BDS-Rabatt
1191000733	1000 ml	129,90	20%

ab Anfang Juni 2020 lieferbar

eine breite Auswahl und Top-Preise finden Sie auf www.redko.de

BANIO EXO-Line Desinfektions-Spendersäule

komplett aus Edelstahl mit Kunststoff-Tropfschale und Desinfektionsanleitung für banio Exo-Line Sensorspender.

- stabiler Stand
- modernes Design
- bebilderte Anleitung zum Desinfizieren
- Befestigungsmaterial für Spender wird mitgeliefert.

Der Lieferumfang der Säule enthält keinen Spender

Art.-Nr.	ges. Höhe	Preise €/Stück ab 1	BDS-Rabatt
1191000734	1460 mm	299,90	20%

kurzfristig lieferbar



Abbildung mit Spender
Lieferumfang ohne Spender

NICEPRICE
ab **299,90** €/St.



Warum ich gegen die Finanzierung von SURE gestimmt habe

Der Bundestag hat der Finanzierung des EU-Programms SURE zugestimmt. Die Mitgliedsländer sollen Garantien übernehmen (Deutschlands Anteil an den Garantien liegt bei über 25%), durch die die EU-Kommission dann Kredite bis zu 100 Mrd. Euro aufnehmen kann. Diese Kredite sollen dann im Rahmen des Programms SURE Arbeitsplätze in den Mitgliedsländern schützen. Das Geld kann bspw. in die Finanzierung von nationalem Kurzarbeitergeld oder Gesundheitsmaßnahmen am Arbeitsplatz fließen. Nach Aussage der Befürworter soll dieses Programm die EU stabilisieren, eine wirtschaftliche Ungleichheit zwischen den EU-Ländern verhindern und konjunkturelle Schwankungen ausgleichen. Ich habe aus den folgenden Gründen gegen die Finanzierung von SURE gestimmt.

Der Hauptgrund für die ökonomische Ungleichheit in Europa sind nicht konjunkturelle Schocks und Schwankungen wie die derzeitige Corona-Krise. Vielmehr sind es strukturelle Probleme, die dazu führen, dass manche Länder unter der Krise stärker leiden als andere. Dazu gehören unflexible Arbeitsmärkte oder mangelnde Wettbewerbsfähigkeit aufgrund hoher Bürokratie oder niedriger Innova-



Sylvia Pantel (CDU) ist direkt gewählte Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Düsseldorf-Süd

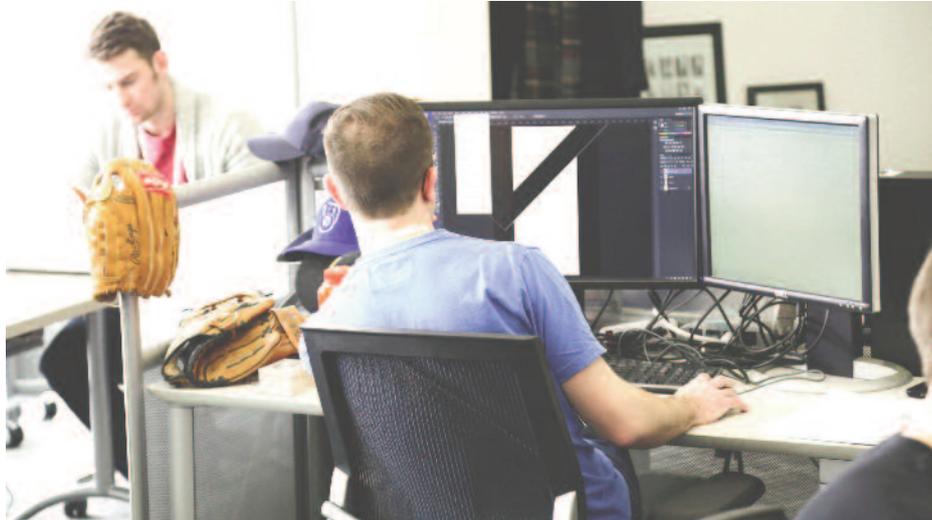
tionskraft. Auch politische Fehlanreize schaden der Wettbewerbsfähigkeit in einigen Staaten. SURE ist die Vorstufe einer EU-weiten Arbeitslosenversicherung und kann an den strukturellen Problemen nichts ändern. Dadurch finden lediglich Transfers in strukturell schwächere Staaten statt. Solange diese strukturellen

Unterschiede bestehen, darf man diese Probleme nicht mit Transfers übertünchen. Die betroffenen Staaten müssen stattdessen alles dafür tun, um in Zukunft nicht auf finanzielle Hilfe aus dem Ausland angewiesen zu sein. Nur so kann sich langfristig etwas an der wirtschaftlichen Ungleichheit in der EU ändern. ■

**Besuchen Sie uns im Web unter
www.bds-nrw.de**



Seit über 30 Jahren erfolgreich tätig!



Die Förderungsgesellschaft des BDS - DGV mbH ist im Auftrag des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle als Leitstelle tätig und prüft Anträge zur Bezuschussung von Unternehmensberatungen.

Unsere Gesellschaft wickelt zirka ein Drittel des gesamten Antragsvolumens ab.

Neutralität und Unabhängigkeit unserer Tätigkeit sowie die branchenübergreifende und bundesweite Zuständigkeit sichern ein umfassendes Know-how nicht nur bei der Antragsbearbeitung, sondern auch bei der Informationsgewährung. Qualifizierte Informationen zum Förderprogramm, Kundenorientierung sowie kurze Bearbeitungszeiten zeichnen unsere Tätigkeit aus.

Die Maßnahmen werden aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) kofinanziert.

Förderungsgesellschaft des BDS - DGV mbH für die gewerbliche Wirtschaft und Freie Berufe
 August-Bier-Str. 18 • 53129 Bonn
 Telefon: (02 28) 21 00 33 und 21 00 34, Telefax: (02 28) 21 18 24
 E-Mail: info@foerder-bds.de, Internet: www.foerder-bds.de

Gefördert durch:



Tipps für die tägliche Betriebspraxis

Für das Gespräch mit Ihrem Steuerberater

Kürzung des Betriebsausgabenabzugs für Schuldzinsen auf Überentnahmen

Nicht alle für betriebliche Verbindlichkeiten angefallenen Schuldzinsen können als Betriebsausgaben abgezogen werden. Fallen die Schuldzinsen jedoch wegen der Anschaffung/Herstellung von Anlagevermögensgegenständen an, ist der Abzug immer zulässig. Für andere Schuldzinsen, z. B. für ein betriebliches Girokonto, ist der Abzug jedoch begrenzt, wenn die Zinsen durch Überentnahmen entstanden sind.

Überentnahmen liegen dann vor, wenn im Wirtschaftsjahr die Entnahmen für nicht betriebliche Zwecke höher sind als der steuerliche Gewinn zuzüglich eventueller Einlagen. Bestehen also gleichzeitig Überentnahmen und sind Zinsaufwendungen angefallen, dann wird dem Gewinn ein Betrag von 6 % der Überentnahmen hinzugerechnet. Hat der Betrieb einen Verlust erwirtschaftet und sind gleichzeitig Entnahmen getätigt worden, bilden diese Entnahmen die Bemessungsgrundlage für die Hinzurechnung.

Die Überentnahmen werden für jedes Jahr ermittelt, ebenso auch die Unterentnahmen. Überentnahmen aus den Vorjahren werden den Beträgen des laufenden Jahres hinzugerechnet, Unterentnahmen werden mit Überentnahmen saldiert. Nur auf den jeweiligen Saldo am Ende des Wirtschaftsjahres wird der fiktive Zinssatz von 6 % berechnet. Die tatsächlich gezahlten Zinsen sind um einen Festbetrag von 2.050 Euro zu kürzen. Der danach verbleibende Betrag wird mit dem rechnerischen Hinzurechnungsbetrag verglichen und der niedrigere der beiden Beträge wird dann zum Gewinn hinzugerechnet. Diese Berechnung muss auch vorgenommen werden, wenn der Gewinn des Betriebs durch Einnahmen-Überschuss-Rechnung ermittelt wird. Dann müssen die Entnahmen/Einlagen besonders aufgezeichnet werden. Ein extra Feststellungsverfahren für die Fortführung der Überentnahmen über mehrere Jahre ist nicht vorgesehen.

Keine Berichtigung des Einkommensteuerbescheids bei fehlender Erfassung der ordnungsgemäß erklärten Einkünfte

Ein Steuerpflichtiger erklärte seinem Finanzamt ordnungsgemäß u. a. Einkünfte in Höhe von 128.641 Euro aus selbständiger Arbeit. Beim Einscannen der Unterlagen im Veranlagungsbezirk des Finanzamts wurde die Anlage S zur Einkommensteuererklärung versehentlich übersehen, sodass eine Erfassung der Einkünfte aus selbständiger Arbeit des Klägers unterblieb. Nach maschineller Überprüfung der eingescannten Daten durch ein Risikomanagementsystem gingen im Veranlagungsbezirk mehrere Prüf- und Risikohinweise ein, die u. a. auf Einkünfte „des Ehemanns/der Ehefrau von weniger als 4.200 Euro“ hinwiesen und eine „personelle Prüfung“ des als „risikobehaftet“ eingestuften Falls vorsahen. Die Prüf- und Risikohinweise wurden von der zuständigen Sachbearbeiterin bearbeitet. Sie überprüfte aber nicht, ob die Einkünfte aus selbständiger Arbeit zutreffend im Einkommensteuerbescheid übernommen worden waren. Im Folgejahr wurde der Fehler erkannt und der Einkommensteuerbescheid berichtigt. Das Finanzgericht vertrat die Auffassung, dass das Finanzamt zur Berichtigung des Einkommensteuerbescheids berechtigt gewesen sei.

Der Bundesfinanzhof gab dem Steuerpflichtigen Recht. Laut der Abgabenordnung sei nur die Berichtigung von Schreibfehlern, Rechenfehlern und ähnlichen offenbaren Unrichtigkeiten (sog. mechanische Versehen) erlaubt, die beim Erlass des Einkommensteuerbescheids unterlaufen sind. Im vorliegenden Fall beruhe der fehlerhafte Einkommensteuerbescheid aber darauf, dass die zutreffende Höhe der im Bescheid angesetzten Einkünfte nicht aufgeklärt wurde, obwohl aufgrund der Risiko- und Prüfhinweise Zweifel an der Richtigkeit dieser Einkünfte bestanden hätten und deshalb eine weitere Sachaufklärung geboten gewesen wäre. Das schließe das Vorliegen eines bloß mechanischen Versehens und damit die Anwendung der Berichtigungsnorm aus.

Finanzamt darf Corona-Soforthilfe nicht pfänden

Der Antragsteller in einem Verfahren des vorläufigen Rechtsschutzes betreibt einen Reparaturservice und erzielt hieraus Einkünfte aus Gewerbebetrieb. Wegen der Corona-Pandemie war es ihm nicht möglich, Reparaturaufträge zu erhalten. Er beantragte deshalb am 27. März 2020 zur Aufrechterhaltung seines Gewerbebetriebs eine Corona-Soforthilfe i. H. v. 9.000 Euro, die mit Bescheid vom selben Tag von der Bezirksregierung bewilligt und auf sein Girokonto überwiesen wurde. Da dieses Konto mit einer im November 2019 vom Finanzamt ausgebrachten Pfändungs- und Einziehungsverfügung wegen Umsatzsteuerschulden aus den Jahren 2017 bis 2019 belastet war, verweigerte die Bank die Auszahlung der Corona-Soforthilfe. Der Antragsteller begehrte deshalb die einstweilige Einstellung der Pfändung des Girokontos.

Das Finanzgericht Münster gab dem Antrag statt. Für den gerichtlichen Antrag bestehe ein Rechtsschutzbedürfnis, weil die Corona-Soforthilfe nicht von den zivilrechtlichen Pfändungsschutzregelungen erfasst werde. Durch eine Pfändung des Girokonto-Guthabens, das durch den Billigkeitszuschuss in Form der Corona-Soforthilfe erhöht worden sei, werde die Zweckbindung dieses Billigkeitszuschusses beeinträchtigt. Die Corona-Soforthilfe erfolge ausschließlich zur Milderung der finanziellen Notlagen des betroffenen Unternehmens im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie. Sie diene nicht der Befriedigung von Gläubigeransprüchen, die vor dem 1. März 2020 entstanden seien und somit nicht dem Zweck, die vor dem 1. März 2020 entstandenen Ansprüche des Finanzamts zu befriedigen. Da die Corona-Soforthilfe für einen Zeitraum von drei Monaten bewilligt worden sei, sei die Vollstreckung bis zum 27. Juni 2020 einstweilen einzustellen.



Foto: djd/Tourismgemeinschaft Bayerisches Donautal e.V.

Die Asamkirche in Aldersbach gehört zu den schönsten Marienkirchen Bayerns

Barocke Pracht in der Asambasilika Altenmarkt



Foto: djd/Tourismgemeinschaft Bayerisches Donautal e.V.

Bayerisches Kulturgut erleben

Eine Genusstour zu Most, Bier und Barock

Barockkirchen und historische Städte, hohe Berge und tiefblaue Seen - Bayern ist abwechslungsreich und gilt bei vielen Urlaubern gar als Paradies auf Erden. Einige der schönsten Attraktionen vereinen sich in der Erlebnisregion Bayerisches Donautal und Klosterwinkel. Per Fahrrad lassen sich die traumhaften Landschaften, prachtvollen Bauten und beschaulichen Plätze besonders gut entdecken. Unter www.donautal-klosterwinkel.de werden vielfältige Ausflugsziele vorgestellt. Altbayerische Traditionen und Kulinarik lassen sich beispielsweise auf diesen beiden Radtouren gut verbinden:

Auf dem Bier-Radl-Weg nach Aldersbach

Radfahren und Bier - was auf den ersten Blick nicht unbedingt zusammengehört, kann doch eine erlebnisreiche Kombination sein. Und so wurde der Vilstalradweg zwischen Vilshofen an der Donau und Aldersbach im Zeichen des bayerischen Nationalgetränks zum Bier-Radl-Weg, der auf rund 13 entspannten Kilometern durch Wald und Wiesen führt. Unterwegs gibt es unterhaltende Stationen, an denen man zum Beispiel lustige Bierfotos machen kann oder Rätsel rund um das Hopfengetränk löst. Start- und

Zielpunkt sind jeweils durch ein großes Portal aus Bierkästen markiert. Durstige Kehlen können den Abschluss der Radtour zünftig begießen - gleich drei regionale Brauereien bieten ihre niederbayerischen Hopfenspezialitäten an. Im Kloster Aldersbach mit seiner berühmten Asamkirche folgt man damit einer alten Tradition, denn schon die Zisterzienser Mönche brauten hier ihr eigenes



Foto: djd/Tourismgemeinschaft Bayerisches Donautal e.V.

In den Bierunterwelten informiert eine Ausstellung rund um das Brauereiwesen und die Wirtshauskultur

Bier. Heute lädt das weithin bekannte Bräustüberl im Kloster zu einem süffigen Maß ein. Die Brotzeit bringt man sich für gewöhnlich selbst mit. Wer sich näher mit dem Brauereiwesen und der Wirtshauskultur befassen möchte, sollte einen Besuch der Bierunterwelten in Vilshofen nicht versäumen.

Einmal rundherum auf dem Apfel-Radl-Weg

Der Apfel-Radl-Weg, der auf 97 Kilometern einmal rund durch die Region führt, zeigt eine Landschaft, die einerseits von unzähligen Obstbäumen und Streuobstwiesen, andererseits von schmucken Kirchen und prächtigen Klöstern geprägt ist. Zu den zahlreichen Sehenswürdigkeiten entlang des Weges gehören unter anderem das Renaissanceschloss Neuburg am Inn mit seinem Barockgarten, die Portenkirche in Fürstzell, die mit einem üppigen barocken Kuppelfresko ausgestattet ist, und die Benediktinerabtei Schweiklberg in Vilshofen. Auch auf dieser Radtour gibts Genuss für den Gaumen: Direktvermarkter und Brennerien bieten leckere warme Mehlspeisen aus frischen Apfelscheiben, süffigen Most aus gegorenem Apfel- oder Birnensaft sowie Säfte und Brände aus alten ungespritzten und unbehandelten Obstsorten. (djd) ■



Foto: djd/Deutsche Fachwerkstraße/Stadt Melsungen/F. Riemann

Zauberhaft übernachten

Außergewöhnliche Hotels entlang der Deutschen Fachwerkstraße

Foto: djd/Deutsche Fachwerkstraße /
Brauhaus Zum Löwen

Das prächtige „Brauhaus zum Löwen“ in Mühlhausen

Foto: djd/Deutsche Fachwerkstraße /
Mittelweser-Touristik

Prachtvolles Fachwerk, prachtvolles Blumenmeer: der Wochenmarkt in Nienburg

Neidköpfe, Andreaskreuze und Fächerrossetten: In mehr als 100 Städten von der Elbe im Norden über die Oberlausitz im östlichen Sachsen bis hin zum Bodensee im Süden können Urlauber prächtige Fachwerkbauten entdecken. Doch das ist längst nicht alles, was eine Reise entlang der Deutschen Fachwerkstraße so interessant macht. In den historischen Städten warten jede Menge Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten. Und auch das Übernachten und Einkehren kann zu einem besonderen Vergnügen werden.

Weserschlösschen in Nienburg

Denn unterwegs finden Urlauber zahlreiche außergewöhnliche Hotels und Restaurants. Ein besonderes Ambiente verspricht etwa das Hotel Weserschlösschen in Nienburg. Es liegt direkt am Wasser und dennoch nur ein paar Schritte von der Altstadt entfernt. Vom Brückenrestaurant genießen Gäste einen schönen Blick über die Auenlandschaft. Die Altstadt lässt sich am besten mit einem Spaziergang auf der Nienburger Bärenspur erkunden. Wer den Bärenatzen folgt, gelangt zu Sehenswürdigkeiten wie der Pfarrkirche St. Martin und dem Rathaus aus der Zeit der Weserrenaissance.

Dem Braumeister über die Schulter blicken

Auch die ehemalige Reichsstadt Mühlhausen, zwischen Harz und Thüringer Wald gelegen, imponiert mit mittelalterlichen Kirchen und vielen Fachwerkhäusern. Bierliebhabern sei hier das Hotel Brauhaus zum Löwen empfohlen, ein prächtiges Gebäude aus dem 16. Jahrhundert. Dort kann man dem Braumeister beim Ansetzen des Sudes über die Schultern schauen und Spezialitäten wie das Reichsstädtische Pilsener genießen. Wer hingegen Melsungen besucht, findet im Centrum Altstadt-Hotel eine

empfehlenswerte Übernachtungsmöglichkeit. Hier trifft Fachwerkcharme auf Moderne. In der Innenstadt reiht sich ein liebevoll restauriertes Fachwerkhaus an das andere. Aktive können eine Floßfahrt auf der Fulda unternehmen oder auf historischen Pfaden wie dem Barbarossaweg wandern gehen.

Besuch in Meersburg

Kleine Gassen, verträumte Winkel, farbenprächtige Fachwerkhäuser im fränkischen Baustil: Auch Seligenstadt am Main ist ein idyllisches Kleinod. 177 eingetragene Kulturdenkmäler soll es hier zu

entdecken geben. Bereits im 18. Jahrhundert entstand im Herzen der Altstadt der Gasthof „Zu den Drei Kronen“. Das imposante Fachwerkgebäude am Freihofplatz beherbergt heute ein kleines, behagliches Stadthotel. Oder wie wäre es mit einem Besuch in Meersburg am Bodensee? Inmitten der romantischen Altstadt liegt das Hotel Gasthof zum Bären, das bereits um das Jahr 1250 gegründet wurde. Weitere Übernachtungs- und Einkehrtipps hält die Broschüre „Zauberhafte Hotels“ bereit, die unter www.deutsche-fachwerkstrasse.de kostenlos bestellt werden kann. (djd) ■



Foto: djd/Deutsche Fachwerkstraße/Holger Leue

Zu den rund 100 sehenswerten Fachwerkstädten gehört auch Miltenberg

santos[®]

Absicherung benötigt ?



Kein Ärger mit Versicherungen
Ihr persönlicher
Anwaltsservice

Bei unberechtigten Leistungsverweigerungen von Versicherungen schützen Sie spezialisierte Top-Anwälte. Es gelten dabei die allgemeinen Bedingungen des Anwaltsservice.



WWW.SANTOS.DE